

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung beschlossene Dreizehnte
Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1968
(Waren der EGKS — 2. Halbjahr 1968)
— Drucksache V/3284 —

A. Bericht des Abgeordneten Lange

Die genannte Zollverordnung wurde vom Herrn Präsidenten mit Schreiben vom 26. September 1968 an den Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen als dringliche Vorlage gemäß § 96 a GO zur Beratung überwiesen.

Die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 30. Mai 1968 beschlossen, eine Vereinbarung über die für das zweite Halbjahr 1968 zu ergreifenden Zollmaßnahmen zu treffen. Die Kommission hat deshalb am 25. Juni 1968 die Mitgliedstaaten ermächtigt, von den sich aus Artikel 1 der Empfehlung Nr. 1/64 vom 15. Januar 1964 ergebenden Verpflichtungen insoweit abzuweichen, als es notwendig ist, um die für die Einfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse (Roheisen, gebrauchte Schienen und Spezialwalzdrähte) erforderlichen Zollaussetzungen oder Zollkontingente zu gewähren.

Die Bundesregierung will von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, um Preiserhöhungen für diese Waren und die daraus hergestellten Erzeugnisse zu vermeiden.

Die Zollaussetzungen und Zollkontingente entsprechen denen der Vorjahre und denen des ersten Halbjahres 1968.

Der Bundestag hat die Maßnahmen im Grundsatz bereits gebilligt (vgl. u. a. Sechste und Neununddreißigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1967 — Drucksachen V/2143, V/2768).

Da die Zollaussetzungen und Zollkontingente im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen, empfiehlt der Ausschuß dem Plenum, der Verordnung zuzustimmen.

Bonn, den 1. Oktober 1968

Erwin Lange
Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
der Verordnung — Drucksache V/3284 — zuzustimmen.

Bonn, den 1. Oktober 1968

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Brand	Erwin Lange
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter